

FACHFORUM

„Umweltgerechtigkeit & Nachhaltigkeit“

29. Mai 2019
in der FORUM FACTORY

Dokumentation

IMPRESSUM

Das Fachforum „Umweltgerechtigkeit & Nachhaltigkeit“ ist Teil der Veranstaltungsreihe [Berliner Nachhaltigkeitsforen von und mit Berlin 21](#). Es wurde finanziert durch das Projekt [RENN.mitte](#) zum Auftakt der [Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit](#) 2019 und fand statt mit freundlicher Unterstützung durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz.



Vorstand Berlin 21 e. V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Dokumentation:
Madeleine Porr Consulting

Fotos: Sebastian Stragies, Pia Paust-Lassen, Anna Stockmar, Madeleine Porr (Berlin 21)

August 2019

PROGRAMM

| | |
|---|----|
| Zukunfts-Bild-Werkstatt | 4 |
| „Was wäre, wenn Berlin in 2030 zukunftsfähig wäre?“ | |
| Moderation: | |
| <i>Dr. Edgar Göll, Stefan Kunterding und Katrin Ludwig</i> | |
| IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin | |
| Begrüßung & Einführung | 5 |
| <i>Pia Paust-Lassen / Berlin 21 e. V. – RENN.mitte</i> | |
| Grußwort des Staatssekretärs der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz | 7 |
| <i>Stefan Tidow</i> | |
| Basisbericht Umweltgerechtigkeit – Grundlagen für die sozialräumliche Umweltpolitik | 8 |
| <i>Dr.-Ing. H.-Josef Klimeczek</i> | |
| Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz | |
| Abteilung Umweltpolitik, Abfallwirtschaft, Immissionsschutz | |
| Podiumsdiskussion | 9 |
| Moderation: <i>Dr. Edgar Göll</i> | |
| IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin | |
| • <i>Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer</i> | |
| Vorsitzende des LV Berlin-Brandenburg im Sozialverband Deutschland | |
| • <i>Katalin Gennburg</i> | |
| MdA, Sprecherin für Stadtentwicklung DIE LINKE | |
| • <i>Dr. med. Katja Goebbel</i> | |
| KLUG Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit | |
| • <i>Christiane Heiß</i> | |
| Bezirksstadträtin für Verkehr und Grünflächen Tempelhof-Schöneberg | |
| • <i>Dr. Anna Hochreuter</i> | |
| Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe | |
| • <i>Dr.-Ing. H.-Josef Klimeczek</i> | |
| Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz | |
| Arbeitsgruppen | |
| ① Die Berliner Ernährungsstrategie – elementarer Bestandteil für die Umweltgerechtigkeit in unserer Stadt | 24 |
| ○ Moderation: <i>Madeleine Porr / Berlin 21 e. V.</i> | |
| ② Die Mobilitäts- und Verkehrswende als Baustein zur Verwirklichung von Umweltgerechtigkeit in Berlin | 25 |
| ○ Moderation: <i>Sebastian Stragies / Berlin 21 e. V.</i> | |
| ③ Alternative Ökonomie-Ansätze in Berlin | 26 |
| ○ Moderation: <i>Malte Schmidthals / Berlin 21 e. V.</i> | |

ZUKUNFTS-BILD-WERKSTATT

„Was wäre, wenn Berlin in 2030 zukunftsfähig wäre?“

Dr. Edgar Göll, Stefan Kunterding und Katrin Ludwig

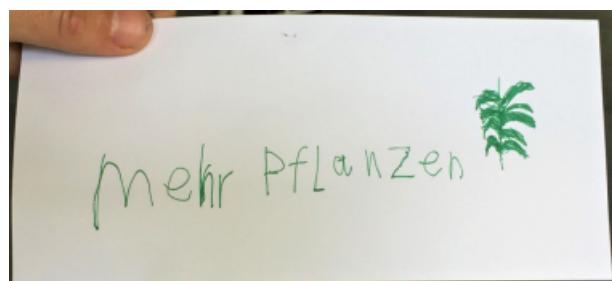
Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung IZT

Dokumentation (.pdf)



Phasen

1. Einführung
2. Für Berlin 21: Von der Zukunftswerkstatt zur Zukunfts-BILD-Werkstatt
3. Ergebnispräsentation der Kreativphase
 - 3.1. Arbeitsgruppe Ökologie
 - 3.2. Arbeitsgruppe Mobilität
 - 3.3. Arbeitsgruppe Bildung
 - 3.4. Arbeitsgruppe politisch-kulturelle Voraussetzungen: „Die Machtfrage“
 - 3.5. Arbeitsgruppe Wirtschaft



Beitrag des jüngsten Teilnehmers

BEGRÜBUNG & EINFÜHRUNG



Pia Paust-Lassen
Berlin 21 e. V. – RENN.mitte

Herzlich willkommen!

Das heutige Fachforum knüpft an unsere Veranstaltung im letzten Jahr an:
„Das Berliner Nachhaltigkeitsprofil zur Umsetzungsstrategie qualifizieren“.

2018 waren unsere Fragen:

- „Auf welchem Stand sind die Einzelstrategien zur Mobilität, zum Klimaschutz, zum Stadtgrün und zur Ernährung; welche Umsetzungsschritte sind geplant?“
- „Wo bleibt die Roadmap zur Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprofils?“
- „Wie können die vorliegenden Einzelstrategien zu einer Landesnachhaltigkeitsstrategie weiterentwickelt werden?“
- „Wie kann die Agenda 2030 und die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auf Berliner Ebene umgesetzt werden?“

Dazu diskutierten damals unter der Leitung von *Evelyn Bodenmeier* als Kennerin der Berliner Verwaltungsstrukturen: *Olaf Tschimpke* vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), *Maja Göpel* vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), der Staatssekretär für Wohnen, *Sebastian Scheel*, die Klimaschutzbeauftragte von Lichtenberg *Kirsten Schindler* und Georg Kössler, Abgeordneter der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus und ihr Sprecher für Klima- und Umweltschutz (s. [Dokumentation](#)).

Welche Fragen haben sich seit Mai 2018 beantworten lassen?

- Die Einzelstrategien zur Mobilität und zum Klimaschutz wurden weiter ausgearbeitet.
- Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) ist mit einem Maßnahmenkatalog unterlegt und mit Haushaltsmitteln ausgestattet worden.
- Eine Charta Stadtgrün liegt vor; eine Ernährungsstrategie ist auf dem Weg.

Heute interessiert uns: Welche Fragen aus 2018 sind noch offen, welche Strategien haben sich weiterentwickelt? Und diese Fragen stellen wir auch vor dem Hintergrund folgender Meilensteine in anderen Bundesländern:

- a) Die Landesnachhaltigkeitsstrategie Brandenburg wurde fortgeschrieben und ergänzt um die „Ziele und Indikatoren der Nachhaltigen Entwicklung Brandenburgs“.
- b) Sachsen hat 2018 die Weiterentwicklung seiner Nachhaltigkeitsstrategie von 2013 beschlossen und im Januar 2019 eine „Sächsische Landesstrategie Bildung für Nachhaltige Entwicklung“.
- c) Thüringen hat 2018 seine „Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie“ von 2011 fortgeschrieben.
- d) Im Mai 2019 hat auch Sachsen-Anhalt eine eigene Landesnachhaltigkeitsstrategie beschlossen.

Unter den in RENN.*mitte* vertretenen Bundesländern ist Berlin das Schlusslicht, eine Landes-nachhaltigkeitsstrategie ist hier noch immer nicht in Sicht. Wir plädieren dafür, das jetzt in Angriff zu nehmen!

Allerdings ist nun ein weiterer wichtiger Baustein für eine derartige Strategie hinzugekommen: Der „Basisbericht Umweltgerechtigkeit – Grundlagen für die sozialräumliche Umweltpolitik“, der über viele Jahre unter der Federführung von *Dr.-Ing. H.-Josef Klimeczek* (Abt IX, Umweltpolitik) in der Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz erarbeitet und im Februar 2019 öffentlich vorgestellt wurde.

Daher steht dieses Fachforum heute unter dem Thema „Umweltgerechtigkeit & Nachhaltigkeit“ und wir freuen uns, dass wir Herrn Klimeczek für das Einstiegsreferat gewinnen konnten.

Doch bevor wir seine Präsentation hören und sehen werden, übergebe ich ebenfalls mit großer Freude zuerst an Staatssekretär *Stefan Tidow* von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz für ein Grußwort.

GRUßWORT

Stefan Tidow

Staatssekretär der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

„Nachhaltigkeit als Querschnittsthema aller kommunalen Aufgabenfelder“

[Vollständiger autorisierter Text des Grußwortes \(.pdf\)](#)

(Auszüge:)



Mit den im Basisbericht zur Umweltgerechtigkeit (SenUVK 2019) enthaltenen Analysen liegt bundesweit erstmalig eine sozialraumbezogene Umweltbelastungsanalyse für einen Metropolenraum vor.

- Umweltgerechtigkeit ist der Brückenschlag zwischen Stadtentwicklungs-, Umwelt-, und Gesundheitspolitik. Sie wird somit zu einer Facette sozialer Gerechtigkeit, um benachteiligte Teileräume stadtverträglich zu gestalten. Umweltgerechtigkeit ist gleichzeitig ein aktiver Beitrag zur Berliner Nachhaltigkeitspolitik.
- Umweltgerechtigkeit im Kontext der Berliner Nachhaltigkeitsstrategie in ihren drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales ist ein ressortübergreifendes Leitprinzip für die gesamte Berliner Landespolitik.
- Die Herausforderungen, denen sich Berlin in diesem Zusammenhang stellen muss, erfordern integriertes Handeln von Politik und Verwaltung unter Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure.

Der Berliner Senat hat in jüngster Zeit den Aspekt der Nachhaltigkeit als eine der zentralen Zukunftsaufgaben und -zielsetzungen in verschiedene Strategieansätze aufgenommen.

Hierzu gehören insbesondere auch

- die Förderprogramme BENE (Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung) und das BEK (Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm)
- das Lastenräder-Förderprogramm und das „1.000-Grüne-Dächer-Programm“
- die Berliner Strategie zur Biologischen Vielfalt und deren Umsetzung
- die Charta Berliner Stadtgrün
- das Freiwillige Ökologisches Jahr (FÖJ)
- der Kleingartenentwicklungsplan
- die Fortschreibung des Luftreinhalteplans 2018–2025 sowie des Lärmaktionsplans 2018–2023
- die Managementpläne für NATURA-2000-Gebiete
- die Radverkehrsstrategie und die Fußverkehrsstrategie sowie
- die Strategie Stadtlandschaft Berlin

Damit sind bereits verschiedene (umwelt)politische Maßnahmen ins Werk gesetzt worden und weitere sind geplant, um eine nachhaltige Entwicklung der Stadt zu befördern.

BASISBERICHT UMWELTGERECHTIGKEIT

Grundlagen für die sozialräumliche Umweltpolitik

Dr.-Ing. H.-Josef Klimeczek

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

[Bericht im Internet](#) (Webseite SenUVK)



Grafik: Nikolaus Fürcho



Erfassung / Bewertung der Umweltauswirkungen

kleinräumige Arbeits- und Entscheidungsgruppen Zusammenarbeit auf der Senats- und Bezirksebene

Beginn des Modellvorhabens: 2009

Verteilungsbereich: Umweltbundesamt, mehrere Städte und Gemeinden

Teilnehmende: 7 Universitäten sowie mehrere Landesbehörden

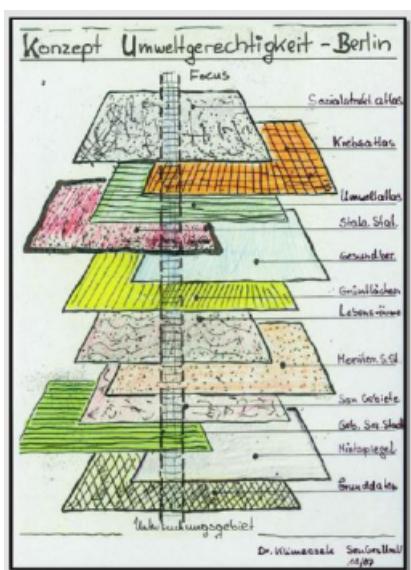
Ergebnisse: Strategische Umweltprüfung (SUP) „Schutgzutat Maßnahmen“

Leitung: Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz | Dr.-Ing. H.-Josef Klimeczek

„Umweltgerechtigkeit im Land Berlin“ –
Entwicklung einer sozialraumbezogenen
Umweltbelastungsanalyse und quartiersbezogener
Umsetzungsstrategien:

[Vollständige autorisierte Präsentation \(.pdf\)](#)

(Aus der Präsentation:)

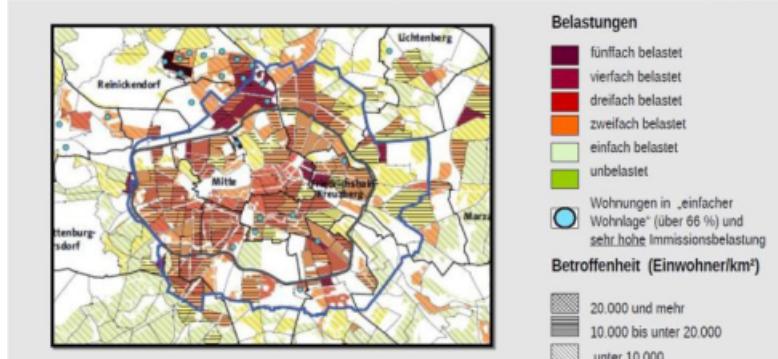


Umweltgerechtigkeit im Land Berlin | Ergebnisse Juni 2014

be in Berlin

Senatsverwaltung
für Umwelt, Verkehr
und Klimaschutz

[Umweltbelastungsanalyse : erweiterter Innenstadtbereich / Betroffenheit](#)



hohe Betroffenheit durch Umweltbelastungen insbesondere : Moabit / Wedding

Charlottenburg (Nord)

Neukölln (Nord)

PODIUMSDISKUSSION

(Auszüge aus dem
Audio-Mitschnitt)

Moderation: *Dr. Edgar Göll*

Institut für Zukunftsstudien und
Technologiebewertung IZT

(HINWEIS: In die Diskussion eingespeist
wurden zu Beginn die Ergebnisse der
„Zukunfts-Bild-Werkstatt“ vom Vormittag.)

Gäste (in alphabetischer Reihenfolge)



- **Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer**
Vorsitzende des Landesverbands Berlin-Brandenburg im Sozialverband Deutschland
- **Katalin Gennburg**
MdA für DIE LINKE und deren Sprecherin für Stadtentwicklung, Tourismus und Smart City;
Mitglied in den Ausschüssen für Stadtentwicklung und Wohnen sowie Umwelt, Verkehr,
Klimaschutz
- **Dr. med. Katja Goebbel**
KLUG Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit
- **Christiane Heiß**
Bezirksstadrätin für Verkehr und Grünflächen Tempelhof-Schöneberg
- **Dr. Anna Hochreuter**
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- **Dr.-Ing. H.-Josef Klimeczek**
Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz



E. Göll

Beginnt mit einer Frage an Dr. Anna Hochreuter,
die – wie Dr. Klimeczek – auf dem Podium eine
Berliner Senatsverwaltung vertritt: „Frau Hochreuter,
hinsichtlich verwaltungsübergreifender Zusammen-
arbeit in Sachen Umweltgerechtigkeit, wo sehen Sie
Anknüpfungsmöglichkeiten im eigenen Hause?“

Anna Hochreuter

- „Wirtschaftsverwaltung hat auch immer mit Wirtschaftsförderung zu tun und soziale und ökologische Unternehmen sind auch immer Teil von Wirtschaft. Deshalb wurde immer der Leitsatz vertreten, keine speziellen Töpfe zu schaffen, denn dann streitet man immer um die Ansätze ...“
- „Statt dessen ist die Idee, den Zugang zu erleichtern zu allgemeinen Förderinstrumenten; es gibt ja unendlich viele, die europäische Ebene, die Bundesebene und natürlich die Landesebene. ... Z. B. können wir die **Förderprogramme der IBB** [Investitionsbank Berlin] beeinflussen, mit der wir eng zusammenarbeiten, können sie öffnen für Unternehmen, die im sozialen und/oder ökologischen Bereich arbeiten.“
- „Herr Klimeczek wird wissen, dass wir besonders viel zusammenarbeiten im Bereich Betriebe, bei den **Landesbetrieben** natürlich, bei denen die Wasserbetriebe, die BVG und die BSR dabei sind. Hier kann man vieles in der Theorie Erdachtes versuchen umzusetzen.“

[*Oliver Nöll*, der persönliche Referent des Staatssekretärs für Soziales in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, musste seine geplante Teilnahme bei der Podiumsdiskussion leider kurzfristig absagen. Statt seiner hat freundlicherweise *Christiane Heiß* zugesagt, wodurch jetzt auch die Bezirksebene vertreten ist.]



Christiane Heiß

(hat sich 18 Jahre im Umweltbundesamt mit Umweltmonitoring und Daten, insbesondere Integration von Daten, beschäftigt)

- „Ich finde, dass der Umweltgerechtigkeits-Bericht sehr handlungsleitend, sehr entscheidungsunterstützend ist und insofern im besten Sinne gesamtstädtische Steuerung mit bezirklichem Tun verknüpft.“
- „Nachdem wir im Koalitionsvertrag von 2016 unser Stichwort Umweltgerechtigkeit gefunden hatten, haben sich [Vertreter*innen aus den Bezirken] Charlottenburg, Neukölln, Mitte, Kreuzberg und ich aus Tempelhof-Schöneberg zusammengesetzt und gesagt: Wir machen jetzt konkrete Modellvorhaben für einzelne Aspekte. Charlottenburg hat angeboten: Was bedeutet Umweltgerechtigkeit für die Baunutzungsverordnung? Ich habe angeboten: Was bedeutet Umweltgerechtigkeit in durch Verkehr besonders belasteten Gebieten? Neukölln verbindet sie mit dem Bereich Soziales und Migration und Kreuzberg wollte sie verknüpfen mit Quartiersmanagement, also Stadtentwicklung.“
- „Wir sind mit den **verschiedenen Modellprojekten** an die Senatsverwaltungen herangetreten in unterschiedlichen Fortschritten der Projektgenehmigung nach nun weiteren zwei Jahren. Ich kann nur ermutigen, diese Projekte jetzt auch wirklich an den Start zu bringen, denn wir können alle die methodischen Fragen, die jetzt wieder aufgekommen sind, z. B.: Wie aktuell müssen die Daten sein? Brauchen wir längerfristige Trends? Hat sich durch den Wandel des Immobilienmarktes vielleicht das eine oder andere Problem aufgelöst? ... alle diese Fragen könnten wir konkret, sozusagen im Nucleus einzelner Quartiere untersuchen und dann für die Weiterentwicklung von Konzepten und Methodik wieder nach oben spiegeln.“
- „Letztlich haben wir dann auch eine Möglichkeit, das habe ich bei uns festgestellt, all die kleinen Projekte, die aus unterschiedlichen Töpfen finanziert werden, mit jeweils unterschiedlichem fachlichen Hintergrund, auch mal zu sichten, zusammenzuführen und zu sehen, ob die sich überhaupt kennen, denn unser Eindruck ist, wenn es kein Quartiersmanagement gibt, das per se diese integrierende Funktion vor Ort übernimmt, sich die ganzen Akteure in einem bestimmten Quartier überhaupt nie treffen.“
- „Zwischen der Senats- und der Bezirksebene gibt es Arbeitsbeziehungen oder Formen des Austauschs eher nur bilateral und punktuell projektbezogen.“

E. Göll

„Weg von der Exekutive und hin zur Legislative: Wie sehen Sie, Frau Gennburg, das Konzept der Umweltgerechtigkeit von Seiten der Abgeordneten, speziell von Ihrer Fraktion oder den Ausschüssen, in denen Sie tätig sind? Welche Relevanz hat das für Sie und wie möchten Sie damit weiter vorgehen?“

**Katalin Gennburg**

- „Der Umweltgerechtigkeits-Bericht ist neben dem Sozialstrukturatlas eine sehr wichtige Grundlage. Ich habe deshalb beim Blick auf ihn gedacht: Den müssten wir auch im Stadtentwicklungsausschuss besprechen und nicht nur im Ausschuss Umwelt, Verkehr, Klimaschutz. Uns bewegt, wie wir die Ressorttrennung in der Praxis überwunden bekommen.“
- „Ich will aber noch einen anderen Punkt mit hineinbringen und das ist die Frage, wie wir bei diesem Thema eine **Ermächtigungsebene mit hineinbringen**, ... dass die Leute auch selber in die Lage versetzt werden, jenseits von staatlicher Kontrolle auch selbst Kontrolle auszuüben.“
- „Z. B. finde ich ganz spannend, auch zum Thema Smart City (darüber reden ja vor allem die Technologiekonzerne, die ihre ganzen neuen Produkte verkaufen wollen), ... dass es eine relativ aktive Szene von Bastlern gibt, die genau dieses Ermächtigungsmoment aufgreifen. Ich habe erfahren dürfen, dass deutschlandweit eine der größten Bastlerszenen diejenige ist, die sich selbst die Geräte für die Luftwertemessung bastelt; da gibt es auch im Internet Anleitungen für. ... Das sagt viel darüber aus, wie das Wissensbedürfnis in der Bevölkerung auch vorhanden ist, dass das eine ganz wichtige Ebene politischer Mitbestimmung ist. Ich glaube, da kann eine Links-Regierung in Berlin noch deutlich mehr machen.“

E. Göll

„Betroffenheit spielt eine große Rolle, wie z. B. beim Mietspiegel oder der Lärmbelastung; daraus entwickelt sich dann vielfach auch ein größeres Engagement. Deshalb ist Ermächtigung ein sehr wichtiger Punkt. Wie ist da Ihre Sicht, Frau Dr. Engelen-Kefer, im Hinblick auf die soziale Dimension?“



Ursula Engelen-Kefer

- „Ich finde das ganz hervorragend, was uns eben vorgetragen wurde, dass nicht nur der interdisziplinäre Ansatz im Vordergrund steht, sondern vor allem auch der kleinräumige.“
- „Für uns als Sozialverband Berlin-Brandenburg ist ganz entscheidend: Werden hierbei die so genannten beteiligten Personengruppen auch ausreichend berücksichtigt? Die können nur auf kleinräumiger Ebene berücksichtigt werden. Wir als Sozialverband tragen vor allem Verantwortung für Menschen in höherem Lebensalter, Menschen mit Behinderungen, mit gesundheitlichen Einschränkungen, für Alleinerziehende, Familien und vor allem für die Menschen mit kleinem Portemonnaie. Und für die ist ganz entscheidend: Was wird getan, um hier die Lebensräume zu verbessern?“
- „Ein ganz wichtiges Beispiel ist die **Barrierefreiheit in der Mobilität**. Berlin ist schon an der vordersten Front, aber trotzdem gibt es wahnsinnig viele Defizite. Ich möchte hier in diesem Zusammenhang nennen – und das zeigt auch ein wenig die Spannungen, die entstehen zwischen den einzelnen Zielsetzungen: Wie gehen wir um mit den E(lektro)-Rollern auf Gehwegen? Wie sieht das denn aus in Berlin: Haben wir genügend Fahrradwege? Da sollen ja in Zukunft dann die E-Roller drauf fahren können, haben wir die denn überhaupt? Wie sieht das aus als Fußgänger, ich hab ja hinten keine Augen? Was ist das, wenn ein Mensch älter ist, wenn er nicht mehr so behände ist und dann betroffen sein wird? Wie kann man diese Spannungen auflösen? Wie können Mobilitätswege geschaffen werden, die ein **inklusives Leben ermöglichen für alle betroffenen Menschen**? Und das sind nicht nur die gesundheitlich Angeschlagenen, auch eine Frau mit Kinderwagen ist hier betroffen.“
- „Ich wäre sehr froh, wenn wir hier die **Zusammenarbeit fördern** könnten, auch mit den **Sozialverbänden**, denn es ist ja geradezu unser Anliegen, hier in Berlin, in den Bezirken, in den sogenannten Quartieren, also den ganz kleinräumigen Bereichen, diese interdisziplinäre nachhaltige Struktur zu fördern, damit der Lebenswert für alle Menschen steigt.“
- „**Mich persönlich, auch gerade aus der Sicht des Sozialverbands, ermutigt sehr die ‚Fridays-for-Future‘-Bewegung**, dass endlich mal eine jüngere Bevölkerungsgruppe aufsteht und hier ihre Bedürfnisse artikuliert. Ich denke, da können wir alle von profitieren; wir sind wahrscheinlich viel zu zahm und zu zurückhaltend und zu obrigkeitsgläubig und stehen viel zu wenig ein für unsere Interessen ... Hier gibt es einen Ansatzpunkt, von dem aus man auch weiterkommen kann, damit man nicht nur Plattsitzen verteilt oder irgendwelche großen Ideologien, sondern wo man ganz konkret sagt: Hier muss was gemacht werden.“



E. Göll

... gibt das Wort weiter, jetzt zu den Aspekten im Bereich Klima & Gesundheit, an Frau Dr. Katja Goebbel.

Katja Goebbel

- „Es ist schön, dass es die Daten jetzt mal in so einer guten Aufarbeitung gibt, aber für uns als Mediziner steht nichts Neues drin; uns sind die sozialen Determinanten von Gesundheit lange bekannt[, die da bestätigen,] dass Armut krank macht.“
- „Für mich als Medizinerin fehlen auch noch – da müssen wir natürlich auch noch unsere Gremien in die Pflicht nehmen, aber auch von Seiten der Politik – Dinge wie: aktuelle Mortalitäts- und Morbiditätsdaten, in anderen Ländern liegen die nahezu taggleich vor. Unsere Kolleg*innen in Italien wussten letzten Sommer, wieviele [Menschen] eingeliefert wurden wegen der Hitze, wegen Austrocknung etc.; wir wissen bis heute nicht, wieviele letzten Sommer zusätzlich gestorben sind – das kann nicht sein, wir müssen schneller reagieren können.“
- „Mein Appell an die Politik und an die Verantwortlichen in den unterschiedlichen Verwaltungen ist, dass es einfach viel, viel schneller gehen muss. Wir haben keine Zeit mehr zu warten. **Wir können nicht [erst] in 2050 klimaneutral werden, das ist zu spät.** Und als ein großer Aspekt, der eben im Bericht anklang und womit man viele Fliegen auf einmal schlagen könnte, wäre die **sofortige Autobefreiung [innerhalb] des S-Bahnringes.**“
- „Gerade der Autoverkehr muss klimaneutral werden, das wäre ein Riesenfortschritt für die Gesundheit der Menschen. Da würde ich auch gerne noch antworten auf Frau Gennburg, dass man klar Menschen beteiligen muss und kann in ihren Lebenswelten, aber: Menschen haben auch nicht aufgehört zu rauchen, obwohl sie wussten, dass es schädlich ist, sondern sie haben aufgehört, als es teurer wurde und es gewisse Richtlinien gab, also von oben mitgesteuert wurde.“

**E. Göll**

„Herr Klimeczek, wie sieht es denn aus mit den Bezirken, da kann ja jetzt mit den Daten viel gemacht werden – natürlich in Kombination mit den entsprechenden Senatsverwaltungen? Wie ist da Ihr Eindruck, gibt es positive Resonanz? Oder eher ein Abwarten, also Warten auf die Senatsverwaltungen? Wie schätzen Sie das ein?“

H.-Josef Klimeczek

- „Ich würde sagen, **Umweltgerechtigkeit ist eher ein ungeliebtes Kind**, zumindest auf der Senatsebene. Bei uns im Haus finden die das alles ok, es sind ja Kolleg*innen gewesen, die daran mitgearbeitet haben, aber bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sieht das schon anders aus.“
- „Von daher frage ich mich immer: Wie bekommt man so eine Sache verbindlicher gemacht? **Normalerweise müsste es hier einen Beschluss darüber geben, dass diese Grundlage zumindest mit einfließt in Entscheidungsprozesse**, und das kann nur auf der Senatsebene erfolgen.“



- „Oder – ich habe mich vor kurzem mit einer Kollegin unterhalten, die das Referat Wettbewerbe bei uns leitet, also große gutachterliche Konkurrenzverfahren um Stadtteile, Schulen usw. –: Da könnte man z. B. abfordern, dass Umweltgerechtigkeit zumindest mit berücksichtigt wird. Ich meine, wenn die Architekten und Städtebauer so eine Vorgabe haben und das dann hinterher auch in der Prämierung mit einfließt, machen die sich Gedanken darüber, wie so etwas weiterentwickelt werden kann.“

- „Eine andere Frage z. B., um das mal ganz auf den Punkt zu bringen: Vor einem Jahr rief mich ein Kollege aus seinem Bezirk an und sagte, wir haben jetzt hier einen

großflächigen Einzelhandel und wenn man sich das mal ansieht, das Quartier ist dreifach belastet – beim Lärm ist es noch gut, aber wenn dieser großflächige Einzelhandel dahin kommt mit 500 oder 600 Parkplätzen, wird auf jeden Fall dieses Themenfeld auch soweit belastet werden, dass aus einem dreifach belasteten Gebiet ein vierfach belastetes wird. Und dann kommt die Frage auf: **Was kann der Bezirk da machen?** Der Bezirk könnte natürlich im Rahmen eines BVV-Beschlusses usw. sagen, wir lassen solche Vorhaben nicht zu, die eine Verschlechterung der jetzigen Situation zur Folge haben. Spätestens dann wird es aber politisch.“

- „Wir haben in Berlin z. B. auch die Bauordnung, ein Landesgesetz. Das Saarland hat, soweit ich weiß, eine **ökologisch ausgerichtete Bauordnung**, d.h. wenn weiter verdichtet wird, muss ausgeglichen werden, egal wie: Dachbegrünung, Fassadenbegrünung usw. Und das ist doch mit Blick auf den Klimawandel angesagt. Das sind so Überlegungen, die mir dazu einfallen, um so eine Sache verbindlicher zu bekommen.“

- „Z. B. bei großen Projekten, das nennt man Träger öffentlicher Belange, da sind etwa 200-300 Institutionen, die dann um Stellungnahmen gebeten werden; da könnte es einen **Kriterienkatalog** geben, wie wir dieses Vorhaben im Hinblick auf die Umweltgerechtigkeit analysieren und bewerten. Ich hab das mal dem damaligen Senator vorgeschlagen, aber das wollte er ausdrücklich nicht. Weil man dann schon wieder hingehört und ein Instrument hat, mit dem ein neuer Verfahrensschritt eingeführt wird mit einer gewissen Unsicherheit, und man dann überlegen muss, wie man da weitergeht.“

- „Man könnte diesen Bericht z. B. auch als **Masterplan „Umwelt und Gesundheit“** weiterentwickeln. Die Defizite sind kartiert worden, dann geht das noch mal in die Verwaltungen, es werden die ganzen Projekte nachgetragen, die Verwaltungen arrondieren das mit weiterem Wissen, vielleicht mit der Zukunftsperspektive, man lässt das vom Senat beschließen und dann ist das eine Grundlage, die entscheidungsrelevant ist. So einen Masterplan kann man fördern lassen über das neue Präventionsgesetz, man nimmt ihn und entwickelt ihn letztlich weiter im Bezirk. Da ist man von der Senatsebene ein wenig weg, aber der Kommunalbereich hätte dann auch erstmalig so etwas gemacht. Das sind Sachen, die können wir in Berlin machen. Die gesamte Bundesgesetzgebung [hingegen] ... das dauert Jahrzehnte.“



E. Göll

„Das wäre doch DIE Möglichkeit, Ihrem Bericht zu entnehmen, in welchen Straßenzügen die Betroffenheit besonders hoch ist, dort mit Maßnahmen anzusetzen und so den Menschen zu zeigen, dass etwas für sie getan wird. Von daher ist es fast verwunderlich, dass es nicht schnell vorangeht mit der Anwendung. Offensichtlich liegt auch hier die große Herausforderung zwischen Wissen und Handeln. Aber: Der Problemdruck ist so hoch, dass da mehr geschehen muss, auch wenn Verwaltungen komplizierte Gemengelagen berücksichtigen und ausbalancieren müssen.“

Anna Hochreuter

- „Das klingt alles einfach, egal ob auf Bezirksebene oder Senatsebene gedacht, wenn man in dieser Runde entgegenstehende Interessen außen vor lässt. Hier sind wir uns wahrscheinlich alle unheimlich einig, das ist schön, aber **in Wirklichkeit gibt es an ganz vielen Stellen ganz harten Gegenwind.**“
- „Ich teile ja Ihre Ungeduld vollkommen. Bis man [jedoch] mal einen großen Schritt gemacht hat, muss man auch die Woge von Gegenwind berücksichtigen. Und dann muss man mal gucken: Was ist denn taktisch, strategisch richtiger? Oder: Kann sich das ergänzen, auf Bezirksebene Dinge zu bewegen, auf Senatsebene, auf Bundesebene? Jedenfalls glaube ich, **muss man mitdenken, wer alles dagegen ist.** Und da sind immer ganz schnell dagegen: alle Autofahrer. Man nehme einen Parkplatz weg und hat mindestens 500 Autofahrer dagegen. Und ehrlich gesagt, die Menschen, die an großen Straßen wohnen, sind auch nicht alle unbedingt dafür, dort Tempo 30 zu haben. Das ist alles nicht so einheitlich und nicht alle nehmen Vorteile so wahr, wie wir uns das hier denken. Und das fehlt mir hier ein bisschen und macht die Diskussion ein bisschen langweilig.“



Dr. Anna Hochreuter

Katalin Gennburg

- „Mal sehen, ob es jetzt spannender wird ... Die Frage ist: **Wie kommen wir in den Konflikten real voran?** Sie, Frau Engelen-Kefer, hatten schon das Plädoyer für ‚Fridays-for-Future‘ gehalten und nun ist die Frage doch: Wie setzen wir das in Regierungshandeln um? Ich möchte gerne mal sehen, wer meine Partner sind für so eine strategische Umbaupolitik in dieser Stadt.“
- „Wir sind hier konfrontiert mit einer Situation, wo immer gesagt wird: Wir müssen bauen, bauen, bauen, wir müssen jede Ecke nachverdichten, wir brauchen ganz schnell Wohnraum und wir müssen jetzt alles, was nicht bei drei auf den Bäumen ist, zubetonieren. Und da ist eben tatsächlich das große Thema: Wie widersetzen wir uns diesem gesellschaftlichen Mainstream? Ich kann berichten, dass die letzten anderthalb Jahre Kampf um die Kleingärten echt kein Pappenstein waren; wir werden jetzt den Kleingartenentwicklungsplan im Herbst bekommen und der wird wirklich nicht das sein, wofür Menschen immer für Kleingärten gekämpft haben. Es ist wieder keine Rechtssicherheit für immer, es ist kein Dauerwaldvertrag, den man jetzt für Kleingärten auch mal langsam bräuchte, also all diese Dinge bekommen wir nicht.“
- „Ich sage heute zu, dass ich mich für eine **Anhörung** mit Ihnen, Herr Klimeczek, im Ausschuss einsetzen werde. Dann, hoffe ich, diskutieren wir wirklich das Eingemachte und dann können Sie auch gerne sagen, welche planungsrelevanten Dinge zum Tragen kommen müssen.“

- „Letzter Punkt: Weil ich das vorhin mit diesem kleinteiligen Beispiel mit der Ermächtigung gesagt habe: Es geht nicht in erster Linie nur darum, die Leute zu beteiligen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ein bisschen herumzuspielen. Es geht darum, dass in dieser Stadt im großen Stil in den letzten Jahren Entscheidungen getroffen wurden gegen die Leute. Nachverdichtung in Quartieren, wo Grünschneisen sind, Festivals in Gartendenkmälern, die gerade frisch saniert sind, Autobahnweiterbau, all diese Dinge ... und in so einer Situation ermächtigt zu sein oder sich ermächtigen zu können, mit relevanten Zahlen arbeiten zu können, das ist einfach der Punkt. Und das heißt noch lange nicht, dass sich damit irgendwie die Umwelt sofort verbessert. Aber wir sagen ja auch immer, **Beteiligung fängt bei der Information an**, dass die Leute überhaupt in der Lage sind, Informationen zu erlangen und damit arbeiten zu können, **und dann muss sich das natürlich in politisches Handeln übersetzen**. Ansonsten gehören diejenigen, die das nicht machen, natürlich abgewählt.“



Christiane Heiß

- „Ich wollte auf Frau Dr. Hochreuter noch mal insofern eingehen: Ja, wir haben mit dem Stickstoffdioxid und der Klage der Deutschen Umwelthilfe Fahrverbote, wir diskutieren ganz viel über Fahrverbote. Wir diskutieren [aber] nicht über eine **Obergrenze der Leistungsfähigkeit von besonders belasteten Straßen**. Das ist erstaunlich, denn wir haben hier ein uraltes Thema, nämlich Gesundheit durch Luftschadstoffe, das kommt aus den 1950er bis 1960er Jahren. Wir haben einen klaren kausalen Zusammenhang zwischen einem Stoff und einer Ursache und wir diskutieren ausschließlich über die Zumutbarkeit der Maßnahmen und nicht darüber, dass es hier einen wissenschaftlichen Konsens seit zig Jahren gibt und wir einfach handeln müssen. Und dieses Handeln kann aus meiner Sicht nichts anderes heißen, als über Leistungsobergrenzen zu diskutieren.“



- „Wir haben hier also die **klassische Konstellation ,Vorsorge gegen heutige organisierte Interessen'** und dafür haben wir noch keine vernünftigen Umgangsformen gefunden. ... Der Bericht ist zwar eine Belastungsanalyse, das bedeutet aber andersherum, wenn wir sagen, er soll handlungsleitend für uns sein, was sind die **Mindestanforderungen für Luft, für Lärm, für Fläche, für Bioklima**, die wir einzuhalten haben, um den Menschen gleiche Lebensverhältnisse zwischen Stadtrand und Stadtmitte – in diesem Fall – oder auch gleiche Lebensaussichten, was ein gesundes Leben im Alter angeht, zu ermöglichen?“

Das finde ich einen sehr klaren Auftrag. Da ist die öffentliche Debatte nicht so auf dem Punkt, wie sie sein könnte, weil man sich eben vor dieser Frage drückt.“

- „Die Leitplanken, von denen das Umweltbundesamt immer geredet hat, innerhalb derer eine Entwicklung stattfinden muss: Sie fehlen für Berlin. Es gibt sie im Gewässerschutz, da heißt es Verschlechterungsverbot, das ist rechtlich fixiert mit bestimmten Belastungskennwerten, die alle quantitativ bis auf Milli- und Mikrogramm ausbuchstabiert sind – all so etwas haben wir für uns selbst, für unseren eigenen Lebensraum nicht. Und das ist schon ein blinder Fleck, der fast so groß ist wie die Wüste Sahara, und das finde ich erstaunlich. Wir haben aber **erste Ansätze**, das Abgeordnetenhaus hat, soweit ich das erinnere, auch beschlossen, dass es innerhalb der nächsten 10 Jahre keine fünfmal belasteten Quartiere mehr geben darf, dass hier die zuständigen Senatsverwaltungen tätig werden müssen und dass angestrebt ist, auch alle maximal dreifach belasteten Räume qualitativ zu verbessern. Ich finde, das ist schon ambitioniert.“

- „Wieweit das in den zuständigen Verwaltungen angekommen ist und wieweit das dann auf Maßnahmen herunterbuchstabiert wird, das genau ist eines unserer Themen in diesem Projekt bei mir [in Tempelhof-Schöneberg] – die B1, das ist der Straßenzug Hauptstraße, Potsdamer Straße, dann in Mitte Leipziger Straße; das ist einer der Straßenzüge, die sicher mit Fahr-einschränkungen über Tempo 30 hinaus in die Zukunft gehen. Aber dazu wurden wir gerichtlich gezwungen. An dieser Stelle dann auch der Blick über Berlin hinaus: Wir sind da im Boot mit weit über 100, ich glaube 106 oder 107, weiteren Kommunen in Deutschland, die stehen alle ratlos davor. Denn sie sollen alle **für diesen ganz präzisen Grenzwert Stickstoffdioxid-Gesundheits-gefährdung die am wenigsten alle Anderen belastenden Maßnahmen identifizieren**, die außerdem binnen zwei Jahren wirksam sind, messbar wirksam. Hier könnte Berlin meiner Meinung nach methodisch gerichtsfest wunderbar mit diesem Konzept der Umweltgerechtigkeit punkten.“
- „Ehe wir über Nachhaltigkeit reden, würde ich mich freuen, wenn wir mal endlich eine Arbeitsgruppe mit der Senatsverwaltung für Gesundheit und weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft, wie es immer so schön heißt, auf die Beine stellen und die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz hier nicht alleine lassen mit einem Luftreinhalteplan, der aus der Referatsebene gemacht wird. Wir sollten wirklich überlegen: Wie können wir dieses eine Problem jetzt mal **exemplarisch und wirksam mit einem Maßnahmenplan versehen**? Also ich finde, darunter sollten wir nicht zufrieden sein und vielleicht gibt es ja am Ende gar nicht so viele Fahrverbote.“



Katja Goebbel

- „Natürlich werden Maßnahmen auf Widerstand stoßen und das ist eine Frage 1) der **Information und der Kommunikation** und 2) dann genau von dem, worüber wir sprechen: **Umweltgerechtigkeit**. Wenn ich jemandem, der von sehr wenig Geld leben muss, sein Auto wegnehme, dann ist das etwas ganz anderes als wenn ich jemandem verbiete, seinen Drittswagen wieder die Friedrichstraße hochzubewegen oder ähnliches, und das muss kommuniziert werden.“
- „Es gibt allerdings auch die Lösungen und Mittel umzuverteilen, wenn Menschen etwas gefühlt oder real weggenommen wird. Aber es muss natürlich durchgesetzt werden und es muss vorher so kommuniziert werden, dass die Menschen auch sehen, wieviele Vorteile ihnen dadurch entstehen, dass wir dann in einer autofreien Stadt leben, die z. B. anstatt von riesigen sechs-spurigen Straßen nur noch zwei Spuren für einen elektrobetriebenen Lieferverkehr und Fahrräder hat. Das **reicht nicht, dass wir Fahrverbote vermeiden wollen, Autos müssen leider weg.**“

E. Göll

... öffnet die Diskussion ins Publikum.

Dipl.-Biologe Oliver Wendenkampf / HEAL Allianz für Gesundheit und Umwelt,
zuständig für das Thema „Gesunde Mobilität“

- „Die Probleme sind bekannt, seinerzeit haben wir bei Podiumsdiskussionen gesagt: Die sind schon seit 30 Jahren bekannt, weil sie aus den 50er/60er Jahren kommen. Die Politik hat seinerzeit genauso funktioniert wie jetzt auch: Wir müssen abwägen, wir müssen Interessen zusammenbringen und und und.“
- „Meine konkrete Frage: Gibt es einen guten Grund [dagegen], dass im Innenstadtbereich Berlins ein komplettes Parkverbot ausgesprochen wird? Einen guten inhaltlichen Grund, keinen Abwägungsgrund? **Keine Parkplätze mehr im Innenstadtbereich.** Sie müssen gar kein Fahrverbot aussprechen, nur keine Parkplätze mehr.“



Dr. Klaus Wazlawik / Lokale Agenda 21 seit 20 Jahren

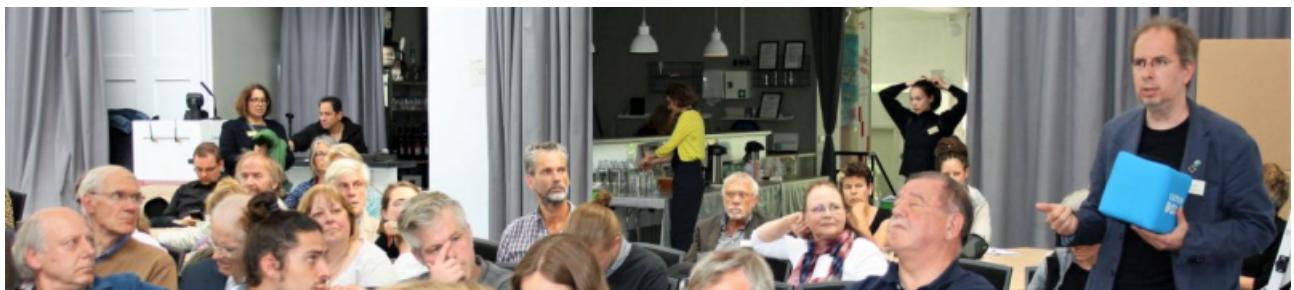
- „Ich finde erst mal ganz toll, was Sie, Herr Klimeczek, vorgetragen haben. Ich habe im Bundesumweltministerium gearbeitet und weiß, was das bedeutet. Eine so übergreifende Sache zu erarbeiten, stelle ich mir vor, ist im BMU im Augenblick unmöglich wegen der jeweiligen Einzelinteressen.“
- „Dann möchte ich gerne und möchte bitte, dass Sie das mitnehmen, dass diese **Umweltgerechtigkeitsanalyse** entwickelt wird **für den Flughafen Schönefeld.** Und dann werden Sie sehen, dass die Sache ganz anders aussieht, dass plötzlich nicht mehr die mögliche Anzahl von Flugbewegungen im Vordergrund steht, sondern wieviele Leute später sterben werden, weil hier jetzt die Werte hochgehen.“



- Ich habe ja auch immer wieder gehört, dass bestimmte Dinge nicht gehen ... Aber: **Wir müssen das 1,5-Grad-Ziel ernst nehmen**, Sie haben das alle gelesen, wir müssen innerhalb der nächsten zehn Jahre umsteuern und dieses Umsteuern bedeutet, dass Sie im Senat und im Abgeordnetenhaus sich dieser Sache stellen, und **das bedeutet, dass bestimmte Dinge, die Sie jetzt in der Planung haben, nicht mehr gemacht werden können.** Soweit geht das.
- Entweder wir machen weiter so wie bisher oder wir vollziehen eine grundsätzliche Änderung und das bedeutet, dass wir uns an der Klimafrage messen und unsere Entscheidungen in Berlin danach treffen. Dann sehen Entscheidungen nicht mehr so aus, dass Autos Vorrang haben, sondern dass Menschen den Vorrang haben. Und das bedeutet **eine andere Politik.**“

Armin Schäfer / Sprecher AG GewerkschaftsGrün Berlin-Brandenburg,
Partei Bündnis 90/Die Grünen

- „Ich finde den Bericht hervorragend, endlich hat man valide Daten, da würde ich Frau Dr. Goebbels widersprechen, das brauchen wir.“
- „Aber meine Frage wäre, warum nimmt man das dann nicht z. B. in das Vergabegesetz auf, das gerade im Berliner Abgeordnetenhaus novelliert wird? Wir können das doch **in sämtlichen Vergaberichtlinien so verankern, dass alles berücksichtigt wird, was uns die Daten sagen.**“
- „Zweitens haben Sie, Frau Hochreuter, gerade angesprochen, dass wir ja eigene öffentliche Unternehmen haben. Warum dann nicht **BSR und BVG und Wasserbetriebe auch nach dem Prinzip des Top-Runner-Systems orientieren lassen?** Die dürften dann nur noch die [Energie-] Systeme einsetzen, die die besten sind. Z. B. hat ja die BSR jetzt schon Müllfahrzeuge, die mit Biogas fahren, das aus den eigenen Anlagen kommt. Aber wo ist denn vielleicht das BSR-Fahrzeug, das mit einer Brennstoffzelle fährt? Diese **Technologien existieren, aber sie werden noch nicht eingesetzt.** Es muss doch möglich sein, innerhalb dieser Stadt schnell die Voraussetzungen zu schaffen, dass nur noch die besten Systeme eingesetzt werden und nicht das, was wir – wie wir aus dem Publikum gehört haben – schon seit vierzig Jahren verwenden.“
- „Da muss ich Sie, Frau Heiß, mal als Bezirkskollegin ein bisschen kritisieren, denn wenn man das hinunterreicht in den Bezirk – und ich bin auch ehrenamtlich im Bezirk und in den Quartiersbereichen aktiv – und ich das als Ehrenamtler machen soll, dann ist das ganz schnell eine Überforderung meiner Person als Bürger. **Wir brauchen politische Leitlinien und auch, dass innerhalb der Bezirksverwaltung die Umsetzung stattfindet.**“



E. Göll

... gibt zurück auf das Podium.

Anna Hochreuter

- „Zu den öffentlichen Unternehmen: Aus Verwaltungssicht kann ich sagen, die Senatorin Ramona Pop versucht dort **Modernisierung innerhalb der finanziellen Möglichkeiten.** Ein relativ neues Müllfahrzeug hat soviel Restwert, dass sie das nicht austauschen; aber das, was sie austauschen, da ist genau diese Umsetzung[, diese Modernisierung,] im Gange. Und ich finde, die Nachhaltigkeit, die **ökologische Seite ist ja ein zusätzlicher Wert.**“
- „Ansonsten kann ich aber mit der Vergabe nicht die Welt retten, ich bin dort in gewisser Weise eingeschränkt, was ich aufnehmen darf. Da gibt es europäisches und Bundesrecht, es geht um Wettbewerbsrecht. Aber vor allen Dingen gibt es Grenzen von dem, was ich bekomme. Wir merken das ja bei Bauaufträgen: Es gibt Aufträge, die schreibt die öffentliche Verwaltung aus und bekommt keine Bieter mehr. **Man kann nicht beliebig an dem Vergaberecht drehen, weil es nicht alles auf dem Markt gibt und weil nicht alles bezahlbar ist.**“

Katalin Gennburg

- „Zur Parkplatzfrage: Die ist ... schwierig. Ich glaube, diese **Mobilitätswende**, die wir uns vorgenommen haben, die ist ja **noch nicht zu Ende gedacht** und insofern zu sagen, keine Parkplätze in der Innenstadt ... kann man machen ... ich hab darüber ehrlich gesagt noch nicht nachgedacht, weil es nicht mein Ressort ist. Mein Mitarbeiter hat neulich gesagt: Wenn die Elsenbrücke wieder aufgebaut wird, dann muss sie eigentlich mobilitätswendegerecht nur noch halb so groß sein, die Mühlendammbrücke genauso. Sage ich: Ok, wie bekommen wir das jetzt in die Verkehrspolitik eingespeist? Es gibt ja auch eine Ressortzuständigkeit – ich will das nicht abwälzen, denn es ist ja auch Stadtentwicklung. Ich glaube, es hat **tatsächlich eine Zukunft** – um das mal nach vorne zu diskutieren –, **Logistik-Hubs und Verkehrs-Hubs auszubauen**; das wird ja auch diskutiert, zumindest unter dem letzten Staatssekretär Kirchner. Ich nehme an, das hat sich nicht verändert. Aber auch da gilt: Ich bin im Verkehrsbereich aufgrund meiner umfanglichen Tätigkeiten in der Stadtentwicklung, die nicht Verkehr sind, jetzt nicht so profund aufgestellt. Ich nehme das aber gerne als Aufforderung mit.“
- „Zum Thema Flughafen Schönefeld/BER: Ich bin sehr froh über diese Aufforderung, denn ich glaube, wir sind tourismuspolitisch hier in einer kompletten Sackgasse. Dass ich mir das Thema Tourismuspolitik auf den Zettel gezogen habe, ist kein Zufall. Ich wollte das wegholen aus der Wirtschaftspolitik, in die Stadtentwicklungspolitik, weil ich glaube, dass es so nicht weitergeht.“
- „Wenn man sich überlegt, dass man eine **Stadt mit begrenztem Raum** hat und den für das Gemeinwohl, zur Verwirklichung der sozialen Rechte wie Wohnen und Freizeit und Erholung aufwenden muss, dann muss man sich halt überlegen, wieviel Raum hat man dann noch übrig als Verwertungsraum. Verwertungsraum ist dann so etwas wie Coral World in der Rummelsburger Bucht oder eintrittsfinanzierte Freizeitparks, die aus meiner Sicht wirklich kein Mensch braucht.“
- „Hier finde ich im übrigen die **institutionalisierte Mitsprache der Umweltverbände gut, aber da ist noch viel Luft nach oben, um die Klimawende jenseits von ‚Fridays-for-Future‘ in die Institutionen zu tragen.“**



Ursula Engelen-Kefer

- „Wo wir uns in diesen Fragen mit den Gewerkschaften verständigen müssen, habe ich die schlichte Frage: Wie geht das denn gerade mit denen, die die Autolobby vertreten? Denken wir doch nur mal an den Dieselskandal, denken wir mal daran: Wie haben die Betriebsräte in den großen Automobilkonzernen agiert? Ich sage das nicht, um Gehässigkeiten von mir zu geben, sondern um einfach deutlich zu machen, es gibt das **Spannungsverhältnis erheblicher unterschiedlicher Interessen**, das hierbei ganz deutlich wird und das man nicht einfach auflösen kann.“

- „Wenn ich mir also überlege, was wir jetzt als Anregungen zum Handeln geben, dann muss man ehrlich sein und sagen, wir müssen uns mit diesen unterschiedlichen Interessen auseinandersetzen. Das ist nicht einfach und da geht es darum, wer in den Lobbys stark ist, wenn es um Entscheidungsfindung geht. Das ist ein **ganz hartes Geschäft**.“
- „Eine Anregung noch ganz kurz, was die Bebauung anbelangt: Da gibt es ja die Landesbauplanungsmöglichkeiten und innerhalb derer ist z. B. durchaus denkbar, Barrierefreiheit viel stärker einzubringen, als das bis heute geschieht, auch in Berlin. Da hätte Berlin auch die eigenen Kompetenzen, z. B. die **Anteile barrierefreien Wohnraums zu erhöhen**, zunächst mal bei den Neubauten im öffentlichen Bereich. Aber da wäre die Frage, wie sieht es aus mit den Beständen, also den Bauten, die schon da sind, und wie sieht es aus mit der praktischen Umsetzung, vor allem der Kontrolle, dass es auch umgesetzt wird und nicht nur auf dem Papier steht?“

E. Göll

... nimmt aus Zeitgründen nur noch zwei Wortmeldungen aus dem Publikum an.

Dieter Lehmkuhl / KLUG Deutsche Allianz Klimawandel & Gesundheit

- „Ich erinnere an das Zitat Albert Einsteins: **„Mit dem Denken, das zu den bestehenden Problemen geführt hat, werden wir diese nicht lösen können.“** Es geht tatsächlich in weiten Teilen um die Gefährdung unserer Zivilisation und wir **müssen völlig umkehren**. Ich weiß, wie schwer es für die jetzigen Politiker ist, aber der Mainstream muss ja nicht bleiben. Wir sehen eine gesellschaftliche Dynamik, gerade in den letzten Monaten und gerade auch hier in Deutschland mit ‚Fridays-for-Future‘ und auch ‚Extinction Rebellion‘. **Es genügen oft kleine Minderheiten, um den Wandel herbeizuführen.**“
- „Die Herausforderung, die wir jetzt haben, ist größer als je zuvor, auch im Hinblick auf die Folgen. **Wenn der politische Wille da ist, ist alles machbar.** Wir müssen [neu] definieren, nicht mehr: Was ist politisch machbar?, sondern wenn es politisch nicht machbar ist, müssen wir die Kriterien für das, was politisch machbar ist, ändern.“



Anton Kulmus / Engagement für den Schäfersee, Reinickendorf-Ost

- „In dem Faltblatt zum Umweltgerechtigkeits-Bericht **fehlt völlig der Kernindikator Wasser** – ich weiß nicht, wieso das passieren konnte bei den vielen Experten in der Senatsverwaltung Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Wir haben **im Bereich der Trennkanalisation in Berlin jedes Jahr etwa 2.500 t Mikroplastik aus Reifenabrieb**, das ist hochtoxisch und geht alles in das Oberflächenwasser. Wir müssen auch die katastrophale Regenwasserbewirtschaftung in Berlin in den Griff bekommen. Ich denke, dass die Berliner Wasserbetriebe damit völlig überfordert sind, da hat man ‚den Bock zum Gärtner‘ gemacht. **Wir brauchen keine Umweltgerechtigkeit, sondern eine Enkeltauglichkeit der Maßnahmen.**“

... gibt noch einmal zurück auf das Podium mit der Bitte um jeweils ein kurzes Statement zu der Frage: Gibt es da vielleicht noch einen Hebel, einen Impuls – trotz der angesprochenen Probleme, trotz der Komplikationen in Verwaltung, Politik, Bevölkerung –, den die Podiumsgäste uns mitgeben wollen?

Anna Hochreuter

- „Ich denke, es ist wichtig, diesen Impuls, den z. B. gerade ‚Fridays-for-Future‘ gegeben hat, zu erhalten.“
- „Wirtschaft ist da ein ganz zentrales Ressort, weil wir den Kapitalismus auch nicht so schnell abschaffen werden, ja? D.h. wir müssen die Wirtschaft dazu bekommen, ökologisch zu werden, wir müssen die Technologien einbinden, wir müssen die Möglichkeiten schaffen; wir kommen sonst mit der Beteiligung in der Demokratie auch ganz schnell an die Grenzen, mit der Freiheit und mit der Bereitschaft der Menschen, deren politische Meinung gefragt wird, in Richtung Umweltgerechtigkeit zu steuern. Das ist schwierig, aber es gibt nur diesen Weg.“



Katja Goebbel

- „Ich wollte gerne noch mal bestärken, dass Umweltgerechtigkeit und auch Klimaneutralität keine Aspekte einer Verhandlungsmasse sein können, sondern es müssen die Ziele sein, an denen sich alle Entscheidungsträger messen lassen müssen; die müssen wir erreichen, sonst werden unsere Enkel oder Urenkel nicht mehr leben können auf diesem Planeten. Ich plädiere sehr dafür, dass Berlin den Klimanotstand ausruft und dann darunter vielleicht auch noch mal ein bisschen mehr Handlungsspielraum bekommt, auch etwas unbequeme Dinge durchzusetzen.“

Katalin Gennburg

- „Teile meiner Partei unterstützen das Ziel, diesen Klimanotstand auszurufen, wie auch immer man das formuliert, ich finde das auch richtig. Ich glaube aber, dass man nur mit ganz konkreten Messlatten vorankommt.“
- „Für die Frage, wie es weitergehen soll, ist es für mich ganz klar: Solche Werke [wie der Umweltgerechtigkeits-Bericht] sind erst mal wichtig als Arbeitsgrundlage, es muss aber darüber hinausgegangen werden. Ich habe heute die Idee mitgenommen, auch die Umweltgerechtigkeits-Kriterien in die Wettbewerbe hineinzuschreiben. Ich arbeite gerade mit den Koalitionspartnern an einem Antrag zu städtebaulichen Wettbewerben, insofern passt das wie die Faust aufs Auge.“
- „Darüber hinaus plädiere ich aber dafür, dass wir die ökologische Frage eben als soziale Frage diskutieren, und da geht es für mich immer um Zugänglichkeit. Ich habe deswegen auch in meiner Fraktion dafür gestritten, dass wir uns für ein berlinweites Uferwege-Konzept einsetzen, und auch das Thema Zugänglichkeit zum Wasser ist dann eben z. B. auch eine soziale Frage.“

Ursula Engelen-Kefer

- „Wir müssen wie immer eine **Doppelstrategie** verfolgen: Auf der einen Seite muss man alle Möglichkeiten der Gespräche, der Einflussnahme auf Politik, der Sensibilisierung der Bevölkerung nutzen und da bieten diese Berichte ganz hervorragende Grundlagen und sollten entsprechend eingesetzt und auch entsprechend umgesetzt werden.“
- „Aber das reicht nicht aus, denn da sitzen wir in ein paar Jahrzehnten noch hier oder wahrscheinlich schon gar nicht mehr hier und unsere Enkel oder Urenkel, wenn sie überhaupt noch leben können, werden große Schwierigkeiten haben. Deshalb in ich dafür, dass wir **mehr zivilen Ungehorsam organisieren.**“



Christiane Heiß

- „Ich möchte noch ganz konkret das Beispiel **Parkraumbewirtschaftung** nennen, die ja **laut Koalitionsvertrag bis 2021 flächendeckend innerhalb des S-Bahn-Rings** ausgeweitet werden soll. Es ist uns jetzt gelungen, die Finanzierung auf die Beine zu stellen, und wir werden jetzt unter dem Label des Luftreinhalteplans den entsprechenden Schub bekommen, dass wir dann auch in zwei Jahren tatsächlich weit vorangehen. Ich halte das für ein Beispiel eines sich selbst verstärkenden Prozesses, denn je mehr Parkraumbewirtschaftung da ist, um so mehr schreien die noch nicht bewirtschafteten Flächen bzw. deren Autofahrer nach Erweiterung der Zonen.“
- „Und noch einen Satz wenigstens zum Thema Bezirke und ehrenamtliches Engagement: Ja, **ohne ehrenamtliches Engagement teilweise über Jahrzehnte wären wir nicht da, wo wir heute sind**, und ich meine das positiv, nicht negativ. Das Spannungsfeld zwischen den Fachleuten in der Verwaltung, die relativ klare Handlungsvorgaben und auch Risikoabwägungen vorzunehmen haben, und den ehrenamtlich Engagierten, die zum Teil außerordentlich beeindruckend in ihrem jeweiligen Fach kompetent sind und nicht verstehen, warum Verwaltung diesem Wissen nicht sofort folgt: Ich glaube, das ist einer dieser lebendigen Vor-Ort-Prozesse, die wir alle schätzen und unter denen einige aber auch mehr oder weniger leiden.“
- „Zuletzt noch eine Bemerkung zur Verwaltung in Berlin und der Politik in Berlin: **Zum ersten Mal haben sich Senat und Bezirke dazu verpflichtet, die Verwaltung leistungsfähiger zu machen und den Herausforderungen der Zukunft aktiv durch Veränderung der Verwaltung zu begegnen.** In diesem Zusammenhang sind einzelne Themen wie öffentliche Beschaffung, Life-cycle assessment [=Lebenszyklusanalyse oder Umwelt- bzw. Ökobilanz] usw. untergeordnet, aber das wird immer so niedrig und so lächerlich geredet und ist doch etwas Neues. Und **zumindest eine kritische Masse in der Verwaltung möchte das auch, will Veränderung und wird sich da auch engagieren.** Insofern bitte ich auch darum, dass heute hier noch ein gutes Wort für die Verwaltung fallen soll, und auch darum, die Kompetenz der Verwaltung zu würdigen.“

E. Göll

„Noch ein letzter Satz von mir: Es ist gerade noch einmal der Koalitionsvertrag angesprochen worden, in dem ja zum einen das Thema Umweltgerechtigkeit steht, aber auch das Berliner Nachhaltigkeitsprofil. Ich wollte diese beiden komplexen Themen noch einmal zusammenbringen, an die sich verschiedene Leute nicht heranwagen, aus unterschiedlichen Gründen; aber das sind die Bretter, die zu bohren sind. Herzlichen Dank für alle Diskussionsbeiträge!

ARBEITSGRUPPE ①

Die Berliner Ernährungsstrategie – elementarer Bestandteil für die Umweltgerechtigkeit in unserer Stadt

Moderation: *Madeleine Porr*

Berlin 21 e. V.

[Berliner Ernährungsstrategie](#) (Webseite SenJustVA)

[AG-Protokoll](#) (.pdf)

[Teilnehmer*innen](#)

Autorisierte Kontaktliste (.pdf)



**Input (Beschreibung des Entwicklungs- und Beteiligungsprozesses /
Informationen zu Zielen, Kooperationen und Projektförderung)**

Ann-Christin Weber

Referentin für Grundsatzfragen und Einzelangelegenheiten der Ernährung /
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

(Aus dem Protokoll:)

**Vorgesehene Handlungsfelder der Berliner Ernährungsstrategie,
zu denen Kooperation gebraucht wird und Förderung möglich ist:**

1. Gemeinschaftsverpflegung als Vorbild
2. Wertschöpfung in der Region fördern
3. Innovationen für ein zukunftsähiges Ernährungssystem fördern
4. Lebendige und produktive Kieze („LebensMittelPunkte“)
5. Ernährungsbildung für alle greifbar machen
6. Lebensmittelverluste minimieren
7. Öffentliche Verwaltung mit Vorbildfunktion
8. Mehr Transparenz für Verbraucher*innen

ARBEITSGRUPPE ②

Die Mobilitäts- und Verkehrswende als Baustein zur Verwirklichung von Umweltgerechtigkeit in Berlin

Moderation: *Sebastian Stragies*

Berlin 21 e. V.

[Berliner Mobilitätsgesetz](#) (Webseite SenUVK)

[AG-Ergebnisprotokoll \(.pdf\)](#)



Kurzinput I

Dr. Stefan Lehmkuhler
Changing Cities Berlin

„Flächengerechtigkeit im Verkehr und ihre Verbindung zu einem sozialraumbezogenen Umweltgerechtigkeitsansatz“

Kurzinput II

Heiner von Marschall
VCD Nordost

„Lärm und Luftverschmutzung und ihre Verbindung zu einem sozialraumbezogenen Umweltgerechtigkeitsansatz“

Kurzinput III

Dr. habil. Weert Canzler
Wissenschaftszentrum
Berlin für Sozialforschung

„Intermodale Mobilitätsangebote und ihre Erreichbarkeit als Teil der Verwirklichung eines sozialraumbezogenen Umweltgerechtigkeitsansatzes“

(Aus dem Protokoll:)

Gemeinsame Forderungen aus der offenen Diskussion:

- Setzt euch für die Mobilitätswende ein und zwar: Jede*r ganz individuell und gemeinschaftlich vor der eigenen Haustür!
- Umgestaltung des Straßenraums zum urbanen Lebensraum!
- Schnelle, sichtbare Veränderungen realisieren!
- Schützt unsere Lebensgrundlage durch sparsamen Verbrauch von Energie – auch im Bereich der Mobilität!
- Mobilitätsbedürfnisse immer von den „Schwächsten“ (z. B. Kinder, Senior*innen, Rollstuhlfahrer*innen) her denken!
- Aktive Mobilität fördern!
- Machen!
- Temporäre Umgestaltung der Straße des 17. Juni in den Sommerschulferien zur größten Strand- und Bademeile der Hauptstadt!

ARBEITSGRUPPE 3

Alternative Ökonomie-Ansätze in Berlin

Moderation: *Malte Schmidhals*
Berlin 21 e. V.

[AG-Ergebnisprotokoll \(.pdf\)](#)



Kurzinput I

Helmut Geißler

„Solidarische Ökonomie“

- a) Beratung und nicht-monetäre Unterstützung von Kollektiv- und Alternativbetrieben
- b) Bessere Finanzierungsmöglichkeiten und höheres Eigenkapital

Kurzinput II

Gerd Hofielden

„Gemeinwohlökonomie“

- a) Anreizstruktur zur Erstellung von Gemeinwohlbilanzen
- b) Einrichtung eines Berliner Wirtschaftskonvents von Bürgerinnen und Bürgern

Kurzinput III

Dr. Corinna Vosse

„Allmende/Commons“

- a) Bewusstsein schaffen für „Wirtschaften als Versorgen“
- b) Kartierung vorhandener Commons
- c) Subsistenzwirtschaft an das Sozialsystem koppeln
- d) Umstellung der Besteuerung

Kurzinput IV

Evelyn Bodenmeier

„Lausitzer Perspektiven – Integration Berlin-Brandenburg“

- a) Unterstützung und Förderprogramme der Wirtschaftsintegration Berlin-Brandenburg
- b) Wissensaustausch Zivilgesellschaft Berlin-Brandenburg
- c) Reallabore und Wissenstransfer

Kurzinput V

Wolfgang Remmers

„Grüne LAG Wirtschaft“

- a) Grundsatzentscheidung zu alternativen Wirtschaftsformen im Koalitionsvertrag
- b) Aufhebung der Diskriminierung von Unternehmen des 3. Sektors
- c) Nachhaltiges Wirtschaften als Gesellschaftsmodell etablieren

(Aus dem Protokoll:)

Schwerpunkt-Ideen und -Forderungen der Teilnehmer*innen:

- Bildung und Beratung zu alternativen Wirtschaftsformen durch Unterricht, Beratungsangebote, Kooperation Hochschule und Alternativer Ökonomie sowie Einrichtung von Reallaboren.
- Aufforderung an die Unternehmen, eine Gemeinwohlbilanz zu erstellen.
- Förderung und Unterstützung des 3. Wirtschaftssektors durch Wirtschaftsförderung sowie die Bereitstellung von Räumen für Startups und Commons.
- Einrichtung eines Wirtschaftskonvents von Bürgerinnen und Bürgern.